

AUSGABE VOM 07. JULI 2022

Steueraffäre Scholz/Warburg: Union zieht vor Verfassungsgericht

Der Deutsche Bundestag hat erstmals in seiner Geschichte einen Untersuchungsausschuss blockiert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kündigte deswegen am Mittwoch eine Verfassungsklage in Karlsruhe an, um das Sondergremium durchzusetzen. Es soll den Finanzskandal um die Hamburger Warburg Bank aufklären und auch die Rolle des jetzigen Kanzlers Olaf Scholz (SPD) darin. Die Union kündigte an, noch im Sommer eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. "Ich habe den Antrag bereits mit unterschrieben", so der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. Die mögliche Vorbereitungszeit dafür werde nicht ausgeschöpft, es solle schnell geklagt werden. MdB Breilmann sprach von einem historisch einmaligen Vorgang: "Das hat es noch nie gegeben." Der Umgang der Ampel mit der Opposition sei absolut respektlos. Es gebe keinen sachlichen Grund, den Ausschuss abzulehnen.

Clan-Krawalle im Ruhrgebiet: Bundestag diskutiert Maßnahmen

Die massiven wochenlange Straßenkämpfe zwischen Libanesen und Syrern, die kürzlich Castrop-Rauxel sowie Essen erschüttert haben, waren diese Woche mehrfach Thema von Beratungen im Bundestag. Zunächst beriet am Mittwoch der Innenausschuss auf Antrag der Unions-Fraktion die Vorfälle. Dort musste die Regierung einräumen, dass die durch Innenministerin Faeser angekündigte „Allianz gegen Clankriminalität“ keine neuen Maßnahmen oder gar aktuelle Reaktionen auf die Ereignisse im Ruhrgebiet enthält sondern sich lediglich auf bereits bestehende Absprachen vergangener Innenministerkonferenzen bezog. Zusätzliche konkrete Maßnahmen des Bundes zur



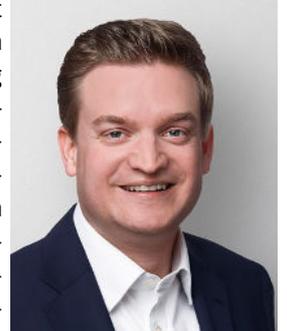
„Nancy Faesers sogenannte ´Allianz gegen Clankriminalität´ ist leider nur heiße Luft“: CDU-MdB Michael Breilmann stellte die Bundesinnenministerin in dieser Woche im Innenausschuss und im Plenum des Bundestages zur Rede. (Foto: Privat)

Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnten die Staatssekretäre des BMI nicht benennen. „Faesers vollmundig angekündigte Strategie einer sogenannten „Allianz“ besteht in der Realität nur aus drei oberflächlichen Sätzen. Das ist enttäuschend, Faeser bleibt eine Ankündigungsministerin“, so Breilmann. Am Donnerstag beschäftigte sich auch das Plenum des Bundestages auf Antrag der AfD mit den Vorkommnissen. In der Debatte dankte Breilmann allen Polizeibeamtinnen und -beamten, die vor Ort geholfen hatten, die Tumultlage in seiner Heimatregion wieder in den Griff zu kriegen. Der Innenexperte warnte, dass zwischen Problemen ansprechen und Ressentiments schüren, wie es die AfD üblicherweise tue, nur ein schmaler Grat sei. Allerdings eigne sich das Thema auch nicht

dazu, den Phänomenbereich herunterzuspielen oder als Stigmatisierung abzutun. Die CDU/CSU sage der Clan-Kriminalität den Kampf an. „Der rechtstreue Bürger im Ruhrgebiet wird von kriminellen Clans als ‚Opfer‘, die deutsche Gesellschaft als Beute und unsere Regeln als nicht verbindlich betrachtet. Das dürfen wir nicht hinnehmen und müssen unsere Sicherheitsbehörden mit noch besseren Mitteln dazu ausstatten“, so Breilmann und nahm NRW-Innenminister Herbert Reul und seine „Null-Toleranz-Strategie“ gegen Ampel-Angriffe in Schutz: „Der Bund muss mit mehr helfen als mit gutgemeinten Ratschlägen, die dann von den Ländern umgesetzt werden müssen“.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Karlsruhe hat am Mittwoch dem Eilantrag meines CDU-Kollegen Heilmann stattgegeben, der sich wegen zu kurzer Beratungsfristen des Gesetzentwurfs in



seinen Rechten beeinträchtigt sah, und das Heizungsgesetz gestoppt. Gut, dass dem unsäglichen Umgang der Regierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit nun ein Riegel vorgeschoben wurde. Bereits in 75 Prozent der Fälle hat diese Regierung Fristverkürzungen für Gesetzesentwürfe beantragt. Auch hier hatten wir weder ausreichend Zeit, über 100 Seiten Änderungen an der Ursprungsfassung in Ruhe zu analysieren, noch können die Einwände der Sachverständigen in der Kürze der Zeit berücksichtigt werden. Die Richter bescheinigen der "Ampel" schwarz auf weiß: Sie hat das Parlament missachtet. Die Anhörung von Sachverständigen und die Diskussion zwischen Abgeordneten dürfen nicht zur Staffage geraten. Andernfalls wächst unter den Bürgern der Verdacht, dass die Demokratie ausgehöhlt wird. Die Ampel steht jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer 'Augen zu und durch Mentalität'. Das verlorengegangene Vertrauen kann nicht mit dem Durchdrücken des unveränderten Gesetzes wieder hergestellt werden. Im Verfahren wie in der Sache braucht es einen grundlegend neuen Anlauf. Ich wünsche schöne Sommertage und freue mich auf viele gute Begegnungen bei meiner Sommertour.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis
Recklinghausen I



Heizungsgesetz: Bundestag berät Karlsruher Urteil

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das „Heizungsgesetz“ der Ampel-Koalition vorläufig zu stoppen, hat sich die CDU/CSU-Fraktion in einer Sondersitzung über die Schlussfolgerungen dieses Urteils beraten. Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Heilmann hatte erfolgreich einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht gegen die Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf gestellt. Ein entsprechender **Antrag** der CDU/CSU-Fraktion wurde in den Bundestag eingereicht. Die Union fordert die Bundesregierung darin auf, die Beratung von Gesetzesvorhaben künftig „in seriösen Verfahren mit angemessenen Zeiträumen“ zu ermöglichen, um die Rechte des Bundestages zu wahren und die Öffentlichkeit vollumfänglich zu beteiligen“, so CDU-MdB Michael Breilmann. Außerdem fordert die Fraktion, „auf dirigistische Regulierung für den Heizungs austausch im Bestand zu verzichten und stattdessen zurückzukehren zu den Grundsätzen Fördern, Fordern und Ermöglichen“. Der Deutsche Bundestag hat auf Antrag der Union am Freitag über die Konsequenzen aus den Karlsruher Urteil debattiert.

Terrorlage Castrop-Rauxel: Breilmann befragt Kanzler



Kurz vor der Sommerpause des Bundestages stellte sich Kanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch noch einmal den Fragen der Abgeordneten. Die Parlamentarier hatten gut 60 Minuten Zeit, ihre Fragen zu stellen. Auf seine Frage zu den Konsequenzen aus dem verhinderten mutmaßlichen islamistischen Anschlag in Castrop-Rauxel zu Jahresbeginn sicherte der Kanzler dem CDU-Abgeordneten Michael Breilmann zu, dass an einer Speicherpflicht von IP-Adressen zur Täterbekämpfung „mit großem Nachdruck“ gearbeitet werde. MdB Breilmann: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Die Ampel ringt also weiter um eine Lösung. Ein genauer Zeitpunkt ist erneut nicht genannt worden, dabei drängt die Zeit. Ich werde den Kanzler und die Innenministerin immer wieder daran erinnern - darauf können sich die Menschen in der Region verlassen.“ (Bild: privat)

Direktorin der Stiftung Neue Synagoge Berlin zu Gast



Dr. Anja Siegemund, Direktorin der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, war am Donnerstag zu Gast bei CDU-MdB Michael Breilmann. Der CDU-Politiker, in der CDU/CSU zuständig für Antisemitismusbekämpfung und Bewältigung der NS-Vergangenheit, freute sich über den Meinungsaustausch zur Arbeit in Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen, „um die Vielfalt jüdischer Kulturen und Identitäten in Geschichte und Gegenwart besser zu vermitteln“. MdB Breilmann lobte ihr vorbildliches Engagement, um das Centrum Judaicum als Ort des Zusammenkommens der jüdischen und nichtjüdischen Communities zu gestalten und will seinen Besuchergruppen den Besuch der Einrichtung ermöglichen. (Bild: Privat)

Haushalt 2024: Ampel setzt Rotstift bei Sicherheit an

Das Kabinett hat am Mittwoch den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 und den Finanzplan des Bundes bis 2027 beschlossen. Fast alle Ministerien müssen erheblich sparen. Das betrifft einem Medienbericht zufolge auch Sicherheitsbehörden. Die sollen bei Sachmitteln rund 90 Millionen Euro weniger erhalten, dabei fehlt es an vielem. Die Kriminalitätsbekämpfung stehe auf dem Spiel. Sicherheitskreisen zufolge sind etwa beim Bundeskriminalamt statt bisher 330 Millionen Euro nur noch 240 Millionen an Sachmitteln geplant. Einschnitte sind demnach auch bei der Bundespolizei und dem Bundesamt für Verfassungsschutz geplant. Unions-Innenexperte Michael Breilmann ist alarmiert: „Angesichts der vielfältigen extremistischen Bedrohungen wäre eine Schwächung unserer Sicherheitsbehörden ein fatales Signal! Die Ampel muss diese Fehlentscheidung in den parlamentarischen Beratungen dringend korrigieren!“, so MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 34 der 20. Wahlperiode

07. Juli 2023

Herausgeber:
Bundestagsbüro M. Breilmann
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-72555

Email:
michael.breilmann@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
M. Breilmann MdB/Harald Häßler